

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 14 (2007)

Heft: 1: Histoire des partis politiques en Suisse = Geschichte der politischen Parteien der Schweiz

Artikel: Tradition und Modernität in der SVP

Autor: Jost, Hans Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-31834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tradition und Modernität in der SVP

Hans Ulrich Jost

Als 1999 die Schweizerische Volkspartei (SVP), die sich bis 1971 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) nannte, ihren Wähleranteil bei den Nationalratswahlen von 15% auf 22% erhöhte, reagierten Presse und Politikfachmänner mit ungläubigem Staunen. Es war in der Tat eine Überraschung, dass diese Partei, deren Wähleranteil seit 1935 nie die 15%-Marke überschritten hatte, einen derartig grossen Sprung nach vorn machen konnte. Man sprach von «Rechtsrutsch» oder «Flutwelle» (*raz de marée*) und versuchte, mit Sozialindikatoren, der Interferenz zwischen Globalisierung und nationaler Produktion, dem Stadt-Land-Gegensatz, dem Zentrum-Peripherie-Problem oder der Modernisierungsfrustration das überraschende Aufkommen der SVP zu erklären.¹ Diese Rahmenbedingungen gelten jedoch nicht nur für die SVP, sondern haben schon bei dem in den 1980er-Jahren eingeleiteten, alle bürgerlichen Kräfte erfassenden Rechtsrutsch² eine wichtige Rolle gespielt. Bei den zahlreichen Beschreibungen der SVP fehlt in der Regel eine eingehende Analyse ihrer historischen Entwicklung. Wie jedoch schon Josef Lang in einer kleinen Studie gezeigt hat,³ lohnt es sich, den Blick über den unmittelbaren zeitgeschichtlichen Horizont hinaus zu erweitern, um die nationalkonservative und mit der Fremdenfeindlichkeit spielende Programmatik der SVP besser verstehen zu können. In einer solchen Perspektive wird zudem deutlich, dass der Rechtsrutsch der 1980er-Jahre zahlreiche traditionelle, in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts angelegte Parameter enthält, von denen die SVP bei ihrer politischen Reaktivierung profitierte. Ein Blick zurück in die Vergangenheit wird zudem zeigen, dass in der Schweiz wie in anderen Ländern auch starke politische und kulturelle Kräfte der radikalen oder konservativen Rechten vorhanden waren, die immer wieder die demokratischen und liberalen Grundlagen der modernen Schweiz zu unterlaufen versuchten.

Zurück zu den Wurzeln des schweizerischen Konservatismus

Zum besseren Verständnis des Umfelds der hier behandelten Thematik müssen rasch einige allgemein bekannte Aspekte der Geschichte des 19. Jahrhunderts in Erinnerung gerufen werden. Zu Beginn des Jahrhunderts, als Napoleon 1803 mit der Mediationsakte die Grundlagen für die schweizerische Verfassung schuf, entwickelte sich gleichzeitig sowohl auf katholischer wie auf protestantischer Seite eine vielfältige politische, der modernen liberalen Demokratie feindlich gesinnte Rechte. Die Schweiz kann sich sogar rühmen, mit Karl-Ludwig von Hallers (1768–1854) Werk *Restauration der Staatswissenschaft* der Epoche 1815–1830 den Namen – die Restauration – gegeben zu haben.⁴ Hallers «Patrimonialstaat» beruht in grossen Teilen auf Prinzipien, die sich im Neoliberalismus der neuen Rechten des 20. Jahrhunderts wiederfinden.

Während die Freisinnigen ihre Truppen für den liberalen Bundesstaat sammelten, lieferten Männer wie Haller, Antoine-Elisée Cherbuliez (1797–1869),⁵ Jeremias Gotthelf, Johann Caspar Bluntschli (1808–1881) und Alexandre Vinet (1797–1847) den geistigen Stoff des konservativen, von einem christlichen Dogma durchzogenen Gedankenguts der helvetischen Rechten.⁶ Für den öffentlichen Diskurs stützte sich dieser Konservatismus auf Werte wie Familie, Bauerntum, Föderalismus, Autorität und Abwehr sogenannt volksfremder Elemente, worunter nicht nur Fremde, sondern insbesondere auch «Linke» gezählt wurden. Beim Kampf um den Bundesstaat von 1848 schien es, dass diese Positionen in erster Linie von der katholisch-konservativen Schweiz verteidigt würden. Doch in der protestantischen Schweiz fanden sich ebenfalls konservative Gruppierungen, die nach dem Sonderbundskrieg von 1847 zwar vorerst einmal in die Minderheit versetzt, aber keineswegs ausgeschaltet waren. Ihre soziale und kulturelle Verwurzelung war, wie allein schon das Werk Gotthelfs zeigt, breit und tief im Land verwurzelt.⁷

In den Kämpfen um die Verfassungsrevision von 1872–1874 sammelten sich die meist verstreuten und in der lokalen Politik verankerten Konservativen, wobei ihre Kritik an den zentralistischen Tendenzen des neuen Bundesstaats letztlich einer Ablehnung des modernen Staatswesens gleichkam. Die demagogische Formel «Weniger Staat, mehr Freiheit» lag schon in der Luft. Mehr noch als die Verfassungskämpfe beförderten die rasche Industrialisierung und die Wirtschaftskrise der 1880er-Jahre die konservativen Bewegungen. Die liberalen politischen Führungsgruppen zerstritten sich, Referendumsstürme verunsicherten Regierung und Parlament, und Skandale bei Banken und Finanzgesellschaften, in denen politische Kreise mit verwickelt waren, bewirkten einen erheblichen Vertrauensverlust gegenüber dem modernen Staat und dessen freisinniger Elite.⁸ Diese moralischen Erschütterungen hatte keiner besser beschrieben als Gottfried Keller in seinem Roman «Martin Salander» (1886). Eine Konsequenz dieser Krise war

die Aufnahme eines katholisch-konservativen Vertreters in den Bundesrat (1891) oder, mit anderen Worten, der erste folgenreiche Rechtsrutsch der modernen Schweiz. Gleichzeitig erfolgte eine konsequente Abgrenzung gegenüber der eben erst (1888) gegründeten Sozialdemokratischen Partei.

Besonders betroffen von dieser Krise war, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht, die Bauernschaft. Vor allem die kleinen Bauern sammelten sich nun Anfang der 1890er-Jahre in radikalen Bauernbünden, die nicht nur lautstark nach einer politischen Neuorientierung riefen, sondern auch polemische gesellschaftskritische Töne verlauten liessen. Diese Bauernbünde waren jedoch nicht von Bestand und wurden schliesslich vom 1897 gegründeten Schweizerischen Bauernverband,⁹ bestehend aus 20 Organisationen mit über 70'000 Mitgliedern, überspielt. Sie hatten aber, trotz ihrer ephemeren Erscheinung, einem neuen populistischen Stil zum Durchbruch verholfen, den Publizisten und politische Führer wie Ulrich Dürrenmatt (1849–1908)¹⁰ oder Fritz Bopp (1863–1935)¹¹ mit Erfolg einsetzten. Dürrenmatt hatte 1882 die Bernische Volkspartei gegründet, in deren Programm christlicher Fundamentalismus und traditioneller Konservatismus einen zentralen Platz einnahmen. Bopp, Sohn einer armen Bauernfamilie des Zürcher Unterlands, entwickelte als Redaktor eines kleinen Blattes ebenfalls einen konservativen und patriotischen Radikalismus, mit dem er die wirtschaftlich bedrängten Bauern zu mobilisieren versuchte. Die städtische Bevölkerung, die in diesen Jahren besonders rasch zunahm, erschien in den Augen der Bauernführer als verdorben und dekadent. Der in diesem Klima entwickelte Diskurs war zudem nicht selten von antisemitischen oder xenophoben Anspielungen durchzogen.¹² Etwas anders geartet war die Ideologie auf der oberen Ebene, in den Führungs-gremien des Bauernverbands und in dem vom Bund subventionierten Bauern-sekretariat. Der Bauernsekretär und Geschäftsführer des Verbands Ernst Laur (1871–1964), Absolvent der Landwirtschaftlichen Abteilung der Eidgenössischen Polytechnischen Schule, verband erfolgreich Modernität mit rechtem und konservativem Gedankengut.¹³ Er entwickelte ein modernes, betriebswirtschaftlich abgestütztes Landwirtschaftskonzept, verfocht aber gleichzeitig eine Weltanschauung, in der sich ein fundamentaler christlicher Glaube mit sozialdarwinistischen und völkischen Elementen mischte. Laur hatte insbesondere eine Idee von Georg Hansen¹⁴ übernommen, wonach die städtische Bevölkerung ohne eine dauernde Zufuhr von bäuerlichem Blut degeneriere. Er sah zudem im Bauerntum ein Bollwerk gegen Überfremdung und Sozialismus. Seine patriotische Propagandaformel «Schweizerart ist Bauernart» wurde in der geistigen Landesverteidigung zu einem überhöhten, vom Bundesrat abgesegneten Leitbild.

Laur war ebenfalls beeinflusst von Gustav Ruhland (1860–1914),¹⁵ einem Ideologen des rechtslastigen deutschen Bundes der Landwirte. Da Ruhland von 1898 bis 1902, bevor er zum Sekretär dieses Bundes ernannt wurde, eine Wirtschaftspro-

fessur an der Universität Freiburg bekleidete, kamen sich der Bauernführer und die katholische, antiliberalen Rechte näher. Diese geistige Anlehnung erhielt durch den einflussreichen katholischen Politiker Kaspar Decurtins (1855–1916), der sich eingehend mit Landwirtschaftspolitik beschäftigte und bei der Gründung des Bauernverbands eine zentrale Rolle spielte, eine entscheidende Vertiefung. Decurtins war jedoch zugleich ein glühender Anhänger von Papst Pius X. und dessen antiliberaler Politik.¹⁶

Dies sind nur die spektakulärsten Beispiele einer zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufkommenden politischen Kultur, in der religiöse, patriotische, nationalistische, völkische und fremdenfeindliche Elemente sich im System von landwirtschaftlichen Verbänden, bäuerlichen Bewegungen und sogenannt bodenständigen Vereinen festsetzten. «Heimatdichter» wie Otto von Geyrerz (1863–1940) verbreiteten diese bäuerliche Romantik auch in bürgerlichen und urbanen Kreisen. Die Stärke dieser politischen Kultur lag darin, dass sie auf Emotionen, traditionelle Werte und Vorurteile ansprach und so der Anhängerschaft ein Gefühl der moralischen Überlegenheit gegenüber den als wenig vertrauenswürdig eingestuften politischen Gegnern vermittelte.

Der Erste Weltkrieg, eine Chance für eine neue Bauernpolitik

Von der Industrialisierung und der Globalisierung des Welthandels bedrängt, sah die Zukunft der Bauern, deren Anteil an der aktiven Bevölkerung zwischen 1880 und 1910 von 42% auf 27% zurückging, bedrohlich aus. Doch der Erste Weltkrieg bot ihnen die entscheidende Überlebenschance, da sie nun bei der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln eine zentrale Rolle einnehmen und dank der massiv steigenden Preise ihr Einkommen merklich verbessern konnten. Ebenso wichtig war, angesichts der durch die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung aufbrechenden sozialen Konflikte, ihre politische Rolle. So boten sie sich im Landesstreik von 1918 als handfeste Partner der bürgerlichen Parteien an. Dieser Schulterschluss kam beim militärischen Aufgebot deutlich zum Ausdruck: Es wurden in erster Linie Truppenteile aus ländlichen Gegenden bevorzugt, da man den städtischen Verbänden mit hohem Arbeiteranteil nicht traute. Die Bauernführer rühmten sich denn auch, die Schweiz vor der roten Flut gerettet zu haben, und forderten, dass der Staat und die bürgerlichen Parteien sie in Zukunft für diesen Einsatz zu honorieren hätten. Laur schrieb triumphierend: «An den Bataillonen des Landvolks ist die Revolution zerschellt».¹⁷

Die Krise des Fin de Siècle, die Probleme der Landwirtschaft um 1900 und der Erste Weltkrieg schufen somit das die Gründung der BGB bestimmende Umfeld. Das 1917 im Kanton Zürich und 1919 auf Bundesebene eingeführte Proportional-

wahlrecht gab schliesslich den unmittelbaren Ausschlag für die Konstituierung der beiden wichtigsten Bauernparteien in den Kantonen Bern und Zürich, wobei deren Entwicklung zwar in ähnlichen Formen, aber ohne gegenseitige Absprache erfolgte.¹⁸ In Zürich spielten die politischen Kommission des landwirtschaftlichen Vereins im März 1917 eine führende Rolle, während in Bern Anfang 1918 eine Kommission der landwirtschaftlichen Organisationen Statuten ausarbeite und diese im Juli 1918 von einer Vertrauensleuteversammlung bestätigen liess. Die bernische Partei, die sich grösstenteils aus ehemaligen Freisinnigen zusammensetzte, nannte sich vorerst bezeichnenderweise Bauern- und Bürgerpartei. Finanziert wurde sie zu einem grossen Teil von den Landwirtschaftsverbänden. Die Mitglieder dieser bäuerlichen Organisation waren bei Weitem nicht nur Landwirte; unter ihnen fanden sich auch Juristen, Beamte, Lehrer, Unternehmer, Mediziner und Berufspolitiker. Schliesslich fusionierten lokale Gewerbeparteien, Reste der bernischen Volkspartei und die Konservativen der Stadt Bern mit der neuen Bauernpartei, die sich ab 1921 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei BGB nannte. Dank diesen Fusionen spielten nun auch konservative, zur Aristokratie zählende Männer wie der Berner Fürsprech Eduard von Steiger, der als Bundesrat während des Zweiten Weltkriegs für die harte Flüchtlingspolitik verantwortlich war, eine massgebliche Rolle. Abgesehen von der zürcherischen Bauernpartei – sie änderte ihren Namen erst 1951 – und der aargauischen Bauern- und Bürgerpartei (seit 1945 BGB) vermochte einzig die Berner BGB der Politik der Zwischenkriegszeit ihren Stempel aufzudrücken.

Landwirtschaftliches Verbandswesen und Bauernkultur

Man darf nicht übersehen, dass sich die neue politische Kraft nicht allein auf eine nach traditionellem Muster organisierte Parteiformation, sondern ebenso sehr auf ein Konglomerat landwirtschaftlicher Vereine und Genossenschaften, verbunden mit dem parastaatlichen Bauernsekretariat, dem Schweizerischen Bauernverband und den landwirtschaftlichen Schulen der Kantone, stützte. Selbst die Banken waren indirekt involviert, indem sie Organisationen wie die zu Beginn des Ersten Weltkriegs geschaffene Käseunion oder den Verband der Milchproduzenten mitfinanzierten. Da die meisten dieser Verbände und Organisationen über eigene Presseorgane verfügten, bildete sich, zusammen mit den Parteizeitungen, ein breites und wirkungsvolles Publikationsnetz. Es entstand zudem ein monopolistisches, auf Produktions- und Preiskartellen beruhendes Wirtschaftssystem, das von der Eidgenossenschaft mit zunehmend höheren Subventionen – gewissermassen der Sold für die politische Loyalität der Bauern – am Leben erhalten werden musste.¹⁹ In diesem System gegenseitiger Abhängigkeiten positionierte sich der Bauern-

stand zunehmend als «staatserhaltendes Element» und «Stütze von Regierung und Armee».²⁰ Wichtig für deren gesellschaftliche Akzeptanz war, dass kulturelle Bewegungen wie der zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandene Heimatschutz eine nostalgische und nationalistische Bauernideologie pflegten,²¹ die letztlich der neuen politischen Bewegung zugute kam. Es ist wohl kein Zufall, dass Laurs Sohn die Leitung der 1926 gegründeten Schweizerischen Trachtenvereinigung übernahm. Zum BGB-freundlichen Umfeld zählten ausserdem konservative Zeitschriften wie die *Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur* oder national-konservative Vereine wie der «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz», der den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund verhindern sollte und sich in den 1920er-Jahren zu einem Sammelbecken rechtsradikaler Elemente entwickelte. Dieser Volksbund hatte in etwa dieselbe politische Hilfs- und Mobilisationsfunktion wie heute die «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS). Zum BGB-förderlichen Umfeld können auch der Eidgenössische Schwingerverband (1895) sowie Kohorten von Turnvereinen, Jodelchören, Dorfmusiken und Militärkapellen gezählt werden – ein Vereinswesen, das die Trägerschaft der in den 1930er-Jahren offiziell lancierten geistigen Landesverteidigung bildete. Schliesslich muss noch auf die publikumswirksamen Massenveranstaltungen hingewiesen werden, wie etwa die im Gefolge des Landesstreiks organisierte «Volksgemeinde» im Amphitheater von Vindonissa, wo sich 12'000 Personen die Brandreden von Eugen Bircher und Ernst Laur zu Gemüte führten.²² Die im Gefolge des Landesstreiks sich bildenden Bürgerwehren, ein bevorzugtes Sammelbecken rechtsradikaler Elemente, gehörten ebenfalls zum Umfeld der BGB. Im Aargau organisierten beispielsweise Eugen Bircher (1882–1956) und Roman Abt (1883–1942), zwei künftige Führer der BGB, die Bürgerwehren des Kantons.²³ Der Advokat Abt war sowohl in bäuerlichen Organisationen wie wirtschaftlichen Verbänden und Banken heimisch. Sein Name wurde durch die «Motion Abt» aus dem Jahr 1921, mit der die eben eingeführte 48-Stunden-Woche rückgängig gemacht werden sollte, gesamtschweizerisch bekannt. Bircher, dessen Karriere mit der Ernennung zum Direktor des Kantonsspitals Aarau (1933) und zum Kommandanten der 4. Division (1934) einen ersten Höhepunkt erreichte, zeichnete sich durch sozialdarwinistisches Gedankengut und ein nicht über alle Zweifel erhabenes Demokratieverständnis aus. Er pflegte nicht nur mit der einheimischen extremen Rechten, sondern auch mit nationalsozialistischen Persönlichkeiten enge Beziehungen. Dass sein Einfluss bis in den Bundesrat hineinreichte, zeigt der berüchtigte Scheurer-Erlass,²⁴ eine Instruktion für die Armee im Ordnungsdienst, die weitgehend von Bircher inspiriert worden war. Darin wird befohlen, dass «Hetzter und Radelsführer» durch «gute Schützen von den oberen Stockwerken naheliegender Häuser einzeln abgeschossen werden» sollten.²⁵

Der Mythos «Mittelstand»

Die BGB war jedoch programmatisch in keiner Weise kohärent, verfocht sie doch einerseits Wirtschaftsliberalismus und Privatinitiative, verlangte aber anderseits massiven Schutz und Protektion der bäuerlichen Wirtschaft durch den Staat. Diese Widersprüche versuchte man mit dem schwer fassbaren Konzept «Mittelstand» zu überbrücken, ein Begriff, der heute wie ein gesellschaftlicher Wert an sich die rhetorischen Rituale der SVP begleitet.²⁶ Ähnlich wie im katholischen Sozialprogramm sah die BGB im Mittelstand in erster Linie eine Abwehrstellung gegen die vermeintlich zersetzende Industrie und die grossstädtische Gesellschaft einerseits, den Sozialismus oder Bolschewismus anderseits. Letztlich beruhte die Programmatik jedoch eher auf propagandistisch leicht einsetzbaren Formeln als auf konzeptuellen Theorien. Der Antisozialismus, der in den Bürgerwehren gepflegte verbale Radikalismus und ein nicht selten auch rassistisch verstandenes Bauerntumsbewusstsein genügten als generelle Leitlinien. Brauchte man eine höhere, gewissermassen spirituelle Sicht, so hielt man sich an Laurs mythische Elaborate, wie etwa «Die schweizerische Bauernpolitik im Lichte einer höheren Lebensauffassung».²⁷ Die trotz der bäuerlichen Grundlage stark segmentierte Anhängerschaft wurde, je nach politischer Wetterlage, meist nur mit Schlagworten oder populistischen Sprüchen zusammengehalten. Dies hatte den Vorteil, dass sich die Parteipolitik trotz innerer Widersprüche mit einem Erfolg in den öffentlichen Diskurs einbringen liess oder, wenn nötig, gezielt einzelne Segmente der Wählerschaft mobilisiert werden konnten.

Obwohl das rechtslastige patriotische und kulturelle Umfeld für die BGB günstige Voraussetzungen schuf, kam es, ausser in Bern, Zürich und Aargau, zu keinen grossen Wahlerfolgen. Die im Dezember 1920 geschaffene Aargauer Partei überflügelte zwar im Grossrat vorübergehend die Freisinnigen, fiel dann aber wieder zurück.²⁸ In Zürich wurde die Bauernpartei im Kantonsrat auf Anhieb zweitstärkste Kraft. In Bern besetzte die BGB 1919 96 der insgesamt 216 Grossrattssitze und übernahm die Hälfte der bernischen Nationalratsmandate.²⁹ Doch im Gegensatz zu 1919 stagnierten dann die Wahlerfolge oder es kam gar, wie 1935 in den Nationalratswahlen, zu massiven Verlusten. Dies lag in erster Linie daran, dass sich die Partei nicht im schweizerischen Rahmen zu entfalten vermochte. In den katholischen Gebieten, wo die konservative Volkspartei mit ihren zahlreichen subsidiären Organisationen die Lage kontrollierte, fand sie kaum Zugang, und in der Waadt, wo 1921 in Payerne ein «Parti agraire vaudois» gegründet wurde, verhinderte der freisinnige Regierungsrat Ferdinand Porchet (1878–1951) mit einer weitgehend am Bauernverband orientierten Landwirtschaftspolitik den Durchbruch der BGB Anhänger. Gleichzeitig sorgte die rechtsextreme und antimodernistische Ligue vaudoise für die Verbreitung einer konservativen

Bauernideologie, die insbesondere in den Weinbaugebieten Anklang fand.³⁰ Die relative politische Schwäche der BGB wurde jedoch durch die Aktivitäten des Bauernsekretariates und der Landwirtschaftsverbände, die über eine bedeutende Referendumskraft verfügten, bei Weitem wettgemacht und mit Erfolg in der Bundespolitik eingesetzt. Ernst Laur war einer der wichtigsten von Bundesrat und Verwaltung eingesetzten Experten.

Auf dem Weg zur eidgenössischen Regierungspartei

Am Ende des Ersten Weltkrieg kam es im politischen Kräfteverhältnis der Schweiz zu entscheidenden Modifikationen. Trotz Niederlage im Landesstreik und Abspaltung der Kommunisten hatte die sozialdemokratische Partei an Gewicht gewonnen, während der Freisinn mit der Einführung des Proportionalwahlrechts seine Vormachtstellung einbüste und in der Folge den Katholisch-Konservativen einen zweiten Sitz im Bundesrat einräumen musste. Mit der Wahl des Freiburgers Jean-Marie Musy (1876–1952), einem Mann der äussersten Rechten mit guten Beziehungen zur Bankenwelt, leitete die Bundespolitik erneut eine Rechtswende ein. Ein weiterer Schritt in diese Richtung erfolgte 1928 mit der Wahl von Marcel Pilet-Golaz (1889–1958), einem Waadtländer Freisinnigen, dessen Sympathien den am rechten Rand des politischen Spektrums stehenden Liberalen der Westschweiz oder der antidemokratischen Ligue vaudoise galten. Zu dieser Ausrichtung nach rechts zählt nun auch der Eintritt des Berner BGB-Führers Rudolf Minger (1881–1955) in den Bundesrat. Die dramatischen Wahlen im Dezember 1929, die Minger zusammen mit dem Zürcher Freisinnigen Albert Meyer (1870–1953), Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*, in die Exekutive brachte, verhinderten den Eintritt des Sozialdemokraten Emil Klöti in die Landesregierung. Rudolf Minger wird uns zwar in der Regel als gemütlicher und volksnaher Politiker vorgestellt,³¹ aber wenn man seine Aktivität etwas näher betrachtet, erkennt man durchaus autoritäre, die Politik der Rechten unterstützende Züge. Diese bundesrätliche Politik erfuhr im März 1934 mit der Wahl des katholisch-konservativen Zugers Philipp Etter (1891–1977) den letzten Schliff.³² Etters antiliberal, dem Rechtsradikalismus der 1930er-Jahre nahestehende Ideen und die von ihm und Gonzague de Reynold (1880–1970), einem reaktionären Freiburger Aristokraten³³ lancierte geistige Landesverteidigung prägten schliesslich in grossem Masse, zusammen mit der Bauernideologie der BGB und der Propaganda des Bauernsekretariats, die Politik der 1930er- und 40er-Jahre.

Bevor wir zur Geschichte der BGB im Zweiten Weltkrieg übergehen, muss kurz die schwierige und teilweise konfuse Lage der Partei in den 1930er-Jahren, beim Aufkommen der rechtsradikalen Frontenbewegungen, erwähnt werden. Bau-

ernpolitik hatte schon um 1900, wie wir gesehen haben, eine Affinität zu rechtsradikalen und populistischen Bewegungen; ähnliche Tendenzen zeigten sich nun auch beim Aufkommen der faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit. So verzeichnete etwa die 1925 gegründete antisemitische und antidemokratische Heimatwehr, bei welcher der ehemalige Generalstabschef Emil Sonderegger eine wichtige Rolle spielte, etwelche Erfolge bei der ländlichen Bevölkerung, vor allem im Berner Oberland.³⁴ Es kam 1933 bei Wahlen sogar zu lokalen Listenverbindungen mit BGB-Sektionen. Selbst Persönlichkeiten wie der spätere BGB-Bundesrat Markus Feldmann, damals Redaktor der *Neuen Berner Zeitung* und ein Mann mit widersprüchlichen politischen Facetten, begegnete den neuen Bewegungen zeitweise mit Sympathie.³⁵ Die BGB-Führung sah aber, wohl nicht ganz zu Unrecht, in diesen rechtsextremen Bewegungen eher eine Gefahr für ihre Position im Machtkartell der bürgerlichen Parteien. Gänzlich anders geartet erwiesen sich die Probleme mit der von Dr. Hans Müller geleiteten Jungbauernbewegung, die mit ihrer parteiinternen Opposition für erhebliche Unruhe sorgte. Müllers seit 1926 veranstaltete Bauernheimatwochen und die ab 1928 organisierten Jungbauernlandsgemeinden standen zwar auf dem Boden der traditionellen bäuerlichen und christlichen Weltanschauung, aber Müllers Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bei der Kriseninitiative von 1935 vermittelte den Eindruck, die Jungbauern liefen ins linken Lager über. Es kam im gleichen Jahr noch zur Spaltung der bernischen BGB, doch die Jungbauern verloren, trotz anfänglichen Erfolgen, rasch an Bedeutung.³⁶ Die bernische Partei selber gab sich 1934 ein neues, von Markus Feldmann entworfenes Programm, in das auch Elemente der frontistischen Programmatik einflossen. Eine ähnliche Anpassung fand in der Zürcher Bauernpartei statt.

Von den Jungbauern bedrängt und vom Freisinn kritisiert, musste die Partei bei den Nationalratswahlen von 1935 erhebliche Verluste einstecken. Sie versuchte diese Krise mit einem Zusammenschluss auf eidgenössischer Ebene zu überwinden und schuf über die Jahreswende 1936/37 die schweizerische BGB, wobei allerdings die innerparteilichen Spannungen nur mit Mühe überdeckt werden konnten.³⁷ Immerhin erschien sie nun deutlicher als nationale Regierungspartei des bürgerlichen Blocks.

Ob sie dieser Rolle gerecht wurde, ist eine andere Frage. In den politischen Krisen der 1930er-Jahre, als die Fronten und die Katholisch-Konservativen die Schweiz mit einer Verfassungsrevision in einen Ständestaat verwandeln und damit die Schweiz ins Lager der rechten, autoritären Staaten bringen wollten, trug die BGB wenig zur Klärung der Lage bei. Zu oft kamen aus ihren Reihen verständnisvolle Kommentare über rechtsradikale Bewegungen oder faschistische Regimes.³⁸ Ernst Laur zeigte öffentlich seine Sympathien für Mussolini und fand das nationalsozialistische Deutschland, die Rassenfrage ausgenommen, vorbildlich; noch

1940 stellte er fest: «Die Kraft des deutschen Nationalsozialismus wurzelt in der Bauernpolitik.»³⁹ Markus Feldmann seinerseits nannte 1938 Benito Mussolini einen «umfassenden und zusammenfassenden, im höchsten Masse ordnenden und schöpferischen Geist».«⁴⁰

In Zürich arbeiteten führende Bauernpolitiker mit dem rechtslastigen Bund für Volk und Heimat zusammen.⁴¹ Natürlich unterschied sich die BGB diesbezüglich nicht grundsätzlich von den anderen bürgerlichen Parteien, aber ihre antiliberale Grundhaltung führte sie, ähnlich wie die Katholisch-Konservativen, in bedenkliche Nähe zum Faschismus oder Nationalsozialismus. Gerade in jenen Jahren war auch Eugen Bircher, einer der einflussreichsten BGB-Politiker, äusserst aktiv und suchte seine Kontakte sowohl bei der schweizerischen Rechten wie auch im nationalsozialistischen Deutschland zu vertiefen. Die Tatsache, dass Bircher sich in der Öffentlichkeit durch eine masslose Polemik und eine brutale Sprache auszeichnete, war nicht dazu angetan, das ohnehin in Bezug auf ihr Demokratieverständnis fragwürdige Erscheinungsbild der Partei zu verbessern. Bircher nannte beispielsweise 1942 an einer Bauernlandsgemeinde die Flüchtlinge «politische Gewandläuse» und sah in der vermeintlichen Überfremdung den «Todeskeim» für die Schweiz.⁴² Dies war seine Art der Schützenhilfe für die harte Flüchtlingspolitik Eduard von Steigers, seines Parteigenossen im Bundesrat.

Anbauschlacht, Mechanisierung und traditionelles Bauerntum

Wie der Erste, so bot auch der Zweite Weltkrieg der Landwirtschaft eine Chance, ihre wirtschaftliche Stellung, ihre Ertragskraft und ihr politisches Prestige zu verbessern. Unter der Bezeichnung «Plan Wahlen» oder «Anbauschlacht» nimmt die Landwirtschaftspolitik in der Geschichte der Schweiz des Zweiten Weltkriegs einen zentralen, gelegentlich allerdings etwas zu aufgebauschten Platz ein. Bekanntlich hätte die kultivierbare Fläche für die Landesversorgung praktisch verdreifacht werden sollen. Tatsächlich konnte die einheimische Produktion gehoben werden, doch der agrarische Selbstversorgungsgrad stieg, wenn man alle Faktoren mit einbezieht, nur um wenige Prozent.⁴³ Die «Anbauschlacht» spielte jedoch vor allem bei der Modernisierung der Landwirtschaft und bei der Durchhaltepropaganda eine wichtige Rolle. Diese günstige Ausgangslage veranlasste BGB-Bundesrat von Steiger, ein Gesetzesprojekt vorzulegen, das den Bauern und der Landwirtschaft auch über den Krieg hinaus eine umfassende Existenzsicherung bieten sollte. Der freisinnige Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Walther Stampfli, war davon jedoch wenig begeistert und griff bremsend ein. Das schliesslich 1952 in einer Volksabstimmung angenommene Bundesgesetz über die «Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des

Bauernstandes» schuf dennoch für die Bauern aussergewöhnlich vorteilhafte Rahmenbedingungen.⁴⁴

Interessant, aber weniger erforscht als die wirtschaftliche Seite, sind die politischen Implikationen des Plans Wahlen. In den traditionellen Kreisen der Bauernschaft stiessen Wahlens Vorschläge zwar auf wenig Gegenliebe. Sie fanden jedoch eine enthusiastische Aufnahme im Gotthard-Bund, einer patriotischen Gruppierung, die sich als Widerstandsorganisation verstand, in Wirklichkeit aber eher einer elitären und autoritären Erneuerungsbewegung glich. Da dem Gotthard-Bund der Bundesrat in seiner damaligen Form nicht genehm war, versuchte er für die Ersatzwahlen im Dezember 1940 Friedrich Traugott Wahlen (1899–1985) zu nominieren.⁴⁵ Der Coup gelang zwar nicht, aber Wahlen kam der Politik näher. Er nahm 1942 für die Zürcher Bauernpartei Einstiz im Ständerat und kam im Dezember 1958 auf den Berner BGB-Bundesratssitz.

In der Anbauschlacht kam der Propaganda, die von der Reklameabteilung der Ciba übernommen wurde, eine nicht unwesentliche Rolle zu. Diese arbeitete mit modernen Kommunikationsmitteln und versuchte, die Landwirtschaft und das traditionelle Bild des Bauerntums ins Zentrum des schweizerischen Selbstverständnisses zu rücken. Es gehe vor allem darum, hiess es etwa, «die ewige Gestalt des Schweizer Bauern im Gotthelfschen Sinn und Geist wieder in die vorderste Reihe der Volksgemeinschaft zu stellen [...].»⁴⁶ Paradox war allerdings, dass der Plan Wahlen gerade nicht den Gotthelf-Bauern konservieren, sondern die Landwirtschaft modernisieren und mechanisieren und die zu kleinen Betriebe abschaffen wollte. Dank den Subventionen nahm beispielsweise die Zahl der Traktoren um über 60% zu.

Am Ende des Kriegs trug die BGB mit ihrem Bundesrat Eduard von Steiger, der für die inhumane Flüchtlingspolitik verantwortlich gewesen war, eine nicht leichte Hypothek, während ihre traditionelle Klientel vor wirtschaftlich schwierigen Zeiten stand. Zwar bot das Landwirtschaftsgesetz von 1952 noch Schutz, aber es war absehbar, dass die eingeleitete Rationalisierung, die kostspielige Mechanisierung und die Konkurrenz durch ausländische Produkte die Zahl der Betriebe, trotz stark wachsender Subventionen der Eidgenossenschaft, massiv reduzieren würde. Die Bauern kamen wirtschaftlich ins Abseits und versuchten deshalb, ihre Schwäche auf der politischen Ebene zu kompensieren. Die Anfangsphase dieser langen landwirtschaftlichen Restrukturierung war deshalb von Demonstrationen, Gründungen von Komitees – darunter die aufmüpfige Union des Producteurs Suisses – und handfesten Protesten begleitet. Im November 1961 fanden sich 40'000 Bauern sowie der 90-jährige Bauernkönig Ernst Laur auf dem Berner Bundesplatz ein, wo es am Ende der Veranstaltung und nach dem Absingen der Nationalhymne zu Krawallen kam.⁴⁷ Inzwischen waren aber auch in der Bundespolitik der BGB einige tief greifende Veränderungen eingetreten.

1951 hatte Bundesrat von Steiger, verbittert und niedergeschlagen, seinen Rücktritt genommen. Sein Nachfolger war Markus Feldmann (1897–1958), der schon 1940 als Bundesratskandidat im Spiel gewesen war. Feldmann, der das Justiz- und Polizeidepartement übernahm, engagierte sich sehr für Staatsschutz und die Stärkung der Armee; er gab aber auch den Auftrag an Professor Carl Ludwig, einen Bericht über die Flüchtlingspolitik während des Kriegs zu erstellen, und brachte damit seinen Vorgänger und Parteikollegen von Steiger erneut in die öffentliche Kritik. Anfang November 1958 erlag Feldmann einem Herzschlag, und die BGB-Fraktion brachte gegen den von der Berner BGB aufgestellten Kandidaten Siegenthaler nun F. T. Wahlen ins Spiel.⁴⁸ Damit sollte, mit nostalgischen Emotionen, an die glorreiche Rolle der Landwirtschaft während des Kriegs erinnert werden. Doch es kam zu keiner Renaissance der patriotischen Landwirtschaftspolitik. In den sieben Amtsjahren bekleidete Wahlen drei Departemente, am längsten das Politische. Er hatte einen grossen Teil seines Lebens im Ausland verbracht und setzte sich deshalb für die Öffnung der Schweiz, für die Entwicklungshilfe oder für die Einführung der Atomenergie ein – nicht unbedingt landwirtschaftsspezifische Anliegen. In seine Amtszeit fiel die grosse Bauerndemonstration in Bern, wo der Präsident des Bauernverbandes, Rudolf Reichling, den Bundesrat heftig angriff. Wohl hatte die protektionistische Landwirtschaftspolitik im Bundesrat und in den Kammern immer noch ihren festen Platz, aber sie wurde nun von der Sozialpolitik mit dem Ausbau der AHV sowie dem raschen Strukturwandel im Bildungswesen in den Schatten gestellt. Die Einführung der «Zauberformel» im Jahr 1959, die den Sozialdemokraten erneut, nun aber mit zwei Sitzen, die Beteiligung an der Regierung öffnete, schmälerte zusätzlich die Bedeutung der BGB.

Modernisierung der politischen Kultur

Offenbar spürte die Partei nun, dass ihr traditionelles Selbstverständnis angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung an Glaubwürdigkeit verlor. Im Vorwort einer von der Partei 1962 herausgegebenen Broschüre schrieb F. T. Wahlen: «Die Menschheit ist ins Weltraumzeitalter eingetreten, und der denkende Mensch hat immer deutlicher den Eindruck, sich auf einer abenteuerlichen Fahrt ins Unbekannte zu befinden [...].»⁴⁹ Die Schrift hatte im Auftrag der Partei Kurt Guggisberg (1907–1972), Pfarrer und Professor für Kirchengeschichte an der Universität Bern, verfasst. Unter den zahlreichen Publikationen Guggisbergs finden sich Studien über Karl Ludwig von Haller und Jeremias Gotthelf. Auf dieser Grundlage, in der nicht zuletzt die christlich-abendländischen Elemente ihren festen Platz hatten, wurde nun das Parteiprogramm leicht modifiziert. Die Einbindung der Religion in den politischen Diskurs übernahm später auch Chris-

toph Blocher, ein taktischer Schachzug, der den Zugang zu den Wählerschichten der katholisch-konservativen Stammlande erleichterte.⁵⁰

Die Fusion der BGB mit den Bündner und Glarner Demokraten (1971) wurde zum Anlass genommen, den neuen Namen – Schweizerische Volkspartei – einzuführen. In der Folge kam es auch erneut zu Diskussionen über das Programm, die jedoch zu keinen wesentlichen Änderungen oder zu einer Neuorientierung führten. Die SVP, durch den raschen gesellschaftlichen Wandel frustriert, dämpfte vor sich hin. Der Wähleranteil bei den Nationalratswahlen fiel von 11,1% im Jahr 1971 auf 9,9% (1975), stieg dann wieder auf 11% (1983) und begann erst 1995 mit 14,9% zuzunehmen.

Angesichts des raschen Rückgangs der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung, deren Anteil nach dem Zweiten Weltkrieg von 20% auf 4% fiel, verloren die traditionellen Stammwähler der SVP erheblich an Bedeutung. Die 1974 einsetzende wirtschaftliche Rezession beschleunigte zusätzlich diesen innerparteilichen Strukturwandel. Die bestehende politische Kultur der Partei, mit ihrer Präsenz in ländlichen und peripheren Gebieten, bot aber die Chance, in verschiedene neue Wählersegmente einzubrechen. Die mittelständische Defensividologie, die bodenständige Folklore, der konservativ-christliche Diskurs und der nationalkonservative Patriotismus bildeten taktisch anpassungsfähige Instrumente, mit denen Teile der von der Zauberformel-Politik frustrierten und durch den gesellschaftlichen Wandel verunsicherten Wähler aufgefangen werden konnten. Dabei erwies sich die diffuse Mittelstandsideologie als ideales Vehikel, um populäre Ressentiments, bürgerliche Moral und «gesundes» Volksempfinden anzusprechen. Damit konnten auch latente Ängste der Bevölkerung geschürt und politisch eingefangen werden. Christoph Blocher, der 1977 zum Präsidenten der SVP des Kantons Zürich gewählt worden war, operierte denn auch in beliebiger Weise mit den Begriffen Mittelstand und Bedrohung, um je nach Opportunität die verschiedensten Wählergruppen zu mobilisieren.⁵¹ Zur Mittelstandsrhetorik kam dann noch ein gehässiger Antiintellektualismus hinzu,⁵² der die moralische Überlegenheit der Durchschnittlichkeit betonen sowie Volksnähe suggerieren sollte.

Das für die Partei wichtigste neue Wählersegment bildeten die Anhänger der fremdenfeindlichen Bewegungen, die sich 1970 noch hinter Schwarzenbachs Ausländerinitiative geschart hatten.⁵³ Das kulturelle und politische Erbe der BGB/SVP, in dem Fremdenfeindlichkeit immer wieder als Trumpfkarte eingesetzt worden war, erleichterte die rasche Integration dieser Elemente. Es ist darum bezeichnend, dass Ulrich Schlüer, Sekretär der Republikaner und rechte Hand von James Schwarzenbach, nun zur SVP wechselte und dort rasch eine führende Stellung einnahm. Daneben erwies sich die 1986 im Kampf gegen den UNO-Beitritt geschaffene Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

AUNS, in der fremdenfeindliche Strömungen ebenfalls eine Heimat fanden, als wirkungsvolle Hilfstruppe der SVP. Die SVP und die AUNS modernisierten ihr altes Überfremdungssyndrom, indem sie neue aktuelle Feindbilder – zuerst die Asylbewerber und heute der Islam – schufen, die sie in ihrer demagogischen Propaganda rücksichtslos einsetzen. Im Übrigen gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen Partei und der AUNS ähnlich wie jene, die in der Zwischenkriegszeit zwischen der BGB und dem Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz oder dem Vaterländischen Verband gepflegt wurde.⁵⁴ Der Erfolg dieser Politik zahlte sich aus: in den Nationalratswahlen von 1999 wechselten die Wähler der fremdenfeindlichen Schweizerischen Freiheitspartei und der Schweizer Demokraten zur SVP.⁵⁵

Eine weitere Tradition der SVP, die Instrumentalisierung des Vereinswesen, spielte bei der Revitalisierung der Partei ebenfalls eine wichtige Rolle. Christoph Blocher hatte schon bei seinen politischen Anfängen in Meilen die Erfahrung gemacht, dass neue Parteidünger nicht nur durch Partei-, sondern auch durch Vereinsarbeit gewonnen werden konnten. Bei Vereinsanlässen konnte man mittels Folklore und Volkskultur, vermeintlich «unpolitisch», neue gesellschaftliche Schichten ansprechen und unterschwellige, politisch dann abrufbare Emotionen wecken. Wie weit die Instrumentalisierung des Vereinswesens gehen konnte, demonstrierte Christoph Blocher am Eidgenössischen Jubiläums-Schwing- und -Älplerfest von 1995 in Chur, wo er als Ehrenpräsident und Sponsor genüsslich dem Publikum bei der Verunglimpfung der als Ehrengast anwesenden Bundesrätin Ruth Dreyfuss zuschaute.⁵⁶ Den Höhepunkt dieser Soziabilität, gewissermassen der Reichsparteitag der SVP, bilden nun die rituell veranstalteten Versammlungen im Albisgüetli, wo die Blechmusik und der folkloristische Hintergrund die Stimmung wirkungsvoll heben. Diese für die Massenmedien offenbar spektakulären Veranstaltungen erfuhren insbesondere durch das Fernsehen eine grosse Breitenwirkung. Es war für die Zürcher SVP eine glückliche Fügung, dass das Schweizer Fernsehen ausgerechnet in Zürich seinen Sitz hat. Diese Nähe verführte die Journalisten und Moderatoren, den medienwirksamen SVP-Anlässe übermässig Beachtung zu schenken. Diese Anbindung der von der Partei inszenierten Soziabilität an die Massenmedien ist ein Musterbeispiel der Modernisierung traditioneller Strukturen. Der Soziologe Lukas Zollinger nennt dies treffenderweise «Nähe zur kulturindustriellen Selbstdarstellung»,⁵⁷ mit der bewusst und geplant eine neue Öffentlichkeit geschaffen wird.

SVP-Repräsentanten machten auch in ultroliberalen, den Sozialstaat bekämpfenden Organisationen, wie etwa dem 1936 gegründeten Redressement National, mit.⁵⁸ In diesen Kreisen, wo auch prominente Freisinnige anzutreffen waren, fiel die vom Freisinn 1979 lancierte Formel «Weniger Staat – mehr Freiheit»⁵⁹ auf fruchtbaren Boden. Der FDP wurde dieses Schlagwort jedoch rasch von der

SVP abgenommen und zu einer erfolgreichen Formel ihrer eigenen Programmatik umgemünzt. Zwar steht diese staatsfeindliche Haltung im Gegensatz zu den über Jahrzehnte von der Bauernschaft bezogenen Bundessubventionen, aber sie erneuert erfolgreich die traditionellen Ressentiments der BGB in Bezug auf den Sozialstaat und die staatliche Bürokratie. Zugleich ergänzt diese Politik die ansonsten eher inhaltslose Mittelstandsideologie aufs Beste.

Landwirtschaft, Kapital und Bankgeheimnis

Wir haben gesehen, dass schon bei der Gründung der BGB die Programme und Zielsetzungen widersprüchlich waren. Da in der Partei die intellektuellen Debatten keinen hohen Stellenwert hatten und somit keine kritische, innerparteiliche Kontrollinstanz die politischen Rhetorik überwachte, spielten und spielen Widersprüche und Ungereimtheiten keine Rolle. Dies schuf eine gute Ausgangslage für die neuen Taktik der Partei, die sich darauf spezialisierte, die verschiedenen Segmente der potenziellen Wählerschaft einzeln, gewissermassen sensibilitätsbezogen, mit emotionell aufgeladenen Themen zu bearbeiten. Es fehlt hier der Platz, um die zahlreichen daraus resultierenden Widersprüche aufzulisten. Eine der grössten Unstimmigkeiten besteht wohl darin, dass den benachteiligten Schichten und den alten Menschen materielle Hilfe, Schutz und Sicherheit versprochen, gleichzeitig aber eine Politik betrieben wird, die einen radikalen Abbau des Staats und Steuersenkungen, vor allem zugunsten der Wirtschaft und der höheren Einkommen, zum Ziele hat. Vereinfacht gesagt spiegelt die Partei sozialpolitische Volksnähe vor, verfolgt aber eine das Kapital und die hohen Einkommen privilegierende Politik.

Damit kommen wir zu einem weiteren wichtigen Parameter der Geschichte der Bauernpolitik und der SVP. Die seit über mehr als einem Jahrhundert bestehende enorme Verschuldung der Landwirtschaft hatte schon am Ende des 19. Jahrhunderts zu scharfen Angriffen auf den Hypothekarzins und die Banken geführt. Doch in Wirklichkeit verfolgte der Bauernverband unter Ernst Laur eine den Banken durchaus genehme Politik. Laurs Konzept der rationalen Betriebsführung, verbunden mit einer stärkeren Kapitalisierung des Bodens, machten aus der Landwirtschaft ein geradezu ideales – und stilles – Reservoir für Fremdkapital, das zudem bei ständig steigenden Bodenpreisen, langfristig gesehen, auch rentabel war. Die Banken investierten aber auch in landwirtschaftliche, vom Staat gestützte und subventionierte Monopolbetriebe, wie etwa die 1914 geschaffene Genossenschaft schweizerischer Käseexportfirmen, die spätere Käseunion, die Ende der 1990er-Jahre nach einem schweren Finanzskandal unterging.⁶⁰ Heute finden die Banken im Kampf gegen die Europäische Union und für die kompro-

misslose Verteidigung des Bankgeheimnisses in der SVP erneut einen wichtigen Verbündeten. Die SVP plädiert sogar explizit dafür, das Bankgeheimnis in der Bundesverfassung zu verankern.

Kehren wir zum Schluss erneut auf das am Anfang dieses Artikels erwähnte Phänomen, den überraschenden, seit den Wahlen von 1999 anhaltenden Erfolg der SVP zurück. Es handelt sich zweifellos um eine Entwicklung, die in starkem Masse vom aktuellen Kontext bestimmt wurde: Dem mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion weltweit aufbrechenden Rechtstrend, der Globalisierung und der Revitalisierung eines Kapitalismus, wie er beispielsweise von einem Lieblingsautor Christoph Blochers, August von Hayek, postuliert wurde. Doch ein wesentlicher Teil des Erfolgs beruht auf einer rechtslastigen Tradition, die in der Schweiz seit den Anfängen des modernen Staats einen festen Platz hat. Hier wie anderswo gibt es gesellschaftliche Kräfte, die nicht nur das rechte Spektrum der Politik bevölkern, sondern auch bewusst antidemokratische, antiliberalen, nationalistische und xenophobe Positionen vertreten. Es ist ein grosser Irrtum anzunehmen, dass die 1848 mit der Bundesverfassung zum Durchbruch gekommenen demokratischen Grundwerte von der Gesamtheit der Bevölkerung und ihren Führungsfiguren aufgenommen worden wären. Die Schweiz hat ein beträchtliches Potenzial an Konservatismus und Rechtsextremismus, das nun seit Jahrzehnten von sogenannten Volksparteien, Bünden oder Bewegungen in die Politik eingebracht wird. Seit über 100 Jahren ist die – euphemistisch formuliert – «Fremdenfrage» ein zentraler Parameter der schweizerischen Politik. Die BGB/SVP zählt zu jenen Organisationen die, ohne direkt dem Lager der extremen Rechten anzugehören, dem nationalkonservativen und rechtsextremen Gedankengut zu gesellschaftlicher und politischer Relevanz verhalfen.

Die SVP ist keineswegs der Grund des in den 1980er-Jahren eingesetzten Rechtsrutsches. Sie hat jedoch am raschesten auf die neuen nationalkonservativen und neoliberalen Vorstellungen – die sie sich im Prinzip gegenseitig ausschliessen – reagiert und mit bildhaften Slogans eine entsprechende, mit modernen Mitteln arbeitende Propagandamaschine aufgestellt. Die aus der alten BGB geschöpften Traditionen erwiesen sich dabei nicht nur als nützliche Versatzstücke bei der Modernisierung der Partei, sondern gaben der neuen SVP-Führung eine volksnahe und patriotische Legitimität. Den Rest leistete das reichlich eingespiesene Geld und die geschickte Öffentlichkeitsarbeit von Christoph Blocher.

Anmerkungen

- 1 Hanspeter Kriesi et al., *Der Aufstieg der SVP unter demoskopischer Lupe*, Zürich 2005; Oscar Mazzoleni, *Nationalisme et populisme en Suisse: la radicalisation de la «nouvelle» UDC*, Lausanne 2003; Lukas Zollinger, *Der Mittelstand am Rande. Christoph Blocher, das Volk und die Vorstädte*, Bern 2004; Line Rennwald, *Le vote ouvrier pour les partis nationaux-populistes. Le cas de l'UDC en Suisse et dans le canton de Neuchâtel*, Courrendlin 2005; «Wählermarkt und traditionelle Konfliktlinien», *Neue Zürcher Zeitung*, 19./20. 4. 2003.
- 2 Erich Gruner, «Die politische Rechtswende», *Tages-Anzeiger Magazin* 43 (1986), 38–45; Peter Bichsel, «Der Abschied von Links», *Schulmeistereien*, Frankfurt a. M. 1985, 192–196.
- 3 Josef Lang, «Blocher, SVP und der Nationalkonservatismus. Historische und ideologische Kontinuitäten», *Widerspruch* 39 (2000), 97–113.
- 4 Carl Ludwig von Haller, *Restauration der Staats-Wissenschaft oder Theorie des natürliche-geselligen Zustands der Chimäre des künstlich-bürgerlichen entgegengesetzt*, 6 Bände, Winterthur 1816–1825; Kurt Guggisberg, *Carl Ludwig von Haller*, Frauenfeld 1938.
- 5 Antoine-Elisée Cherbuliez, *De la démocratie en Suisse*, Paris 1843.
- 6 Erich Gruner, «Konservatives Denken und konservative Politik in der Schweiz», in Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.), *Rekonstruktion des Konservatismus*, Freiburg 1972, 241–272; Bruno Rimli, *Sozialpolitische Ideen der Liberal-Konservativen in der Schweiz (1815–1939)*, Zürich 1951.
- 7 Winfried Bauer, *Jeremias Gotthelf. Ein Vertreter der geistlichen Restauration der Biedermeierzeit*, Stuttgart 1975; Hanns Peter Holl, *Gotthelf im Zeitgeflecht. Bauernleben, industrielle Revolution und Liberalismus in seinen Romanen*, Tübingen 1985.
- 8 Thomas Widmer, *Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre*, Zürich 1992, 241–247.
- 9 Werner Baumann, *Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897–1918*, Zürich 1993, 60–81.
- 10 Therese Maurer, *Ulrich Dürrenmatt 1849–1908. Ein schweizerischer Oppositionspolitiker*, Bern 1975.
- 11 Alfred Illi, *Fritz Bopp, Dichter und Bauernpolitiker*, Bülach 1960.
- 12 Hans Ulrich Jost, *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich 1992, 31–45.
- 13 Werner Baumann, «Ernst Laur oder ‹Der Bauernstand muss erhalten werden, koste es, was es wolle›», in Aram Mattioli (Hg.), *Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918–1939*, Zürich 1995, 257–272.
- 14 Münchner Statistiker, veröffentlichte 1889 «Die drei Bevölkerungsstufen. Ein Versuch, die Ursachen für das Blühen und Altern der Völker nachzuweisen». Siehe Baumann (wie Anm. 9), 102, 104 f.
- 15 1860–1914, Wirtschaftsprofessor an der Universität Freiburg von 1898–1902, seit 1901 Sekretär des Bundes deutscher Landwirte. Markus Zürcher, «Gustav Ruhlands ‹Wirtschaftspolitik des Vaterunser›. Genese, Logik, Wirkung», in Michael Graetz, Aram Mattioli (Hg.), *Krisenwahrnehmungen im Fin de siècle*, Zürich 1997, 211–229.
- 16 Jost (wie Anm. 12), 49 f.
- 17 Zit. in Baumann (wie Anm. 9), 350.
- 18 Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz*, 2. Aufl., Bern 1977, 150–158; Beat Junker, *Die Bauern auf dem Wege zur Politik. Die Entstehung der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, Bern 1968.
- 19 Benedikt Mani, *Die Bundesfinanzpolitik des schweizerischen Bauernstandes in der neueren Zeit*, Romanshorn 1928.
- 20 Rudolf Minger im *Schweizer Bauer* 143, 7. 12. 1917, zit. in Junker (wie Anm. 18), 50.
- 21 Diana Le Dinh, *Le Heimatschutz, une ligue pour la beauté*, Lausanne 1992.
- 22 Willi Gautschi, *Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953*, Baden 1978, 221 f.

- 23 Gautschi (wie Anm. 22), 234–247; Sébastien Guex, «A propos des gardes civiques et leur financement à l'issue de la Première Guerre mondiale», in Jean Batou, Mauro Cerutti, Charles Heimberg (Hg.), *Pour une histoire des gens sans histoire*, Lausanne 1995, 255–264.
- 24 Es handelt sich um die «Allgemeinen Weisungen für die Ordnungstruppen» vom 27. 4. 1920. Karl Scheurer (1872–1929), freisinniger Berner Bundesrat, war 1920–1929 Chef des Militärdepartements.
- 25 Daniel Heller, *Eugen Bircher. Arzt, Militär und Politiker. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*, Zürich 1988, 79.
- 26 Junker (wie Anm. 18), 83–86, 110–117; Widmer (wie Anm. 8), 679–681; Zollinger (wie Anm. 1), 33–37, 172–174. Vgl. Horst Möller et al. (Hg.), *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich und Deutschland*, Sigmaringen 1993.
- 27 Ernst Laur, *Die schweizerische Bauernpolitik im Lichte einer höheren Lebensauffassung*, Brugg 1918. Diese Schrift wurde in zahlreichen Auflagen und Übersetzungen verbreitet.
- 28 Gautschi (wie Anm. 22), 88; *70 Jahre SVP Aargau. Festschrift zum 70jährigen Bestehen der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Aargau, 1920–1990*, Holziken 1990.
- 29 *Geschichte des Kantons Zürich*, Bd. 3, Zürich 1994, 256; Junker (wie Anm. 18), 94, 103–109.
- 30 Roland Butikofer, *Le refus de la modernité. La Ligue Vaudoise: une extrême droite et la Suisse (1919–1945)*, Lausanne 1996.
- 31 Christoph Graf, «Rudolf Minger, 1881–1955», in Urs Altermatt (Hg.), *Die Schweizer Bundesräte*, Zürich 1991, 372–377.
- 32 Georg Kreis, «Philipp Etter – «voll auf eidgenössischem Boden»», in Mattioli (wie Anm. 13), 201–217.
- 33 Aram Mattioli, *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz*, Zürich 1994.
- 34 Fritz Roth, *Die Schweizer Heimatwehr. Zur Frontenbewegung der Zwischenkriegszeit im Kanton Bern*, Bern 1974; Peter Moser, *Der Stand der Bauern. Bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur gestern und heute*, Frauenfeld 1994, 104–111.
- 35 Rudolf Maurer, *Markus Feldmann (1897–1958). Werden und Aufstieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, Bern 1965, 90; Peter Moser, Agnes Nienhaus (Red.), *Markus Feldmann (1897–1958)*, Bundesrat, Journalist, Tagebuchschreiber, Bern 2001.
- 36 René Riesen, *Die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern)*, Bern 1972; Moser (wie Anm. 34), 116–157.
- 37 Maurer (wie Anm. 35), 92, 120 f.
- 38 Thomas Lüthi, *Die BGB und der Faschismus. Das Verhältnis der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zum Rechtsextremismus 1933–1935 am Beispiel der Kantonalparteien Bern und Zürich*, unpublizierte Lizentiatsarbeit, Universität Basel 2000.
- 39 Baumann (wie Anm. 13), 268.
- 40 Zit. in Maurer (wie Anm. 35), 145.
- 41 Geschichte des Kantons Zürich (wie Anm. 29), 322; Werner Baumann, «Von der Krise zur Konkordanz. Die Rolle der Bauern», in Sébastien Guex et al. (Hg.), *Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit*, Zürich 1998, 97–113.
- 42 Heller (wie Anm. 25), 235.
- 43 Peter Maurer, *Anbauschlacht. Landwirtschaftspolitik, Plan Wahlen, Anbauwerk 1937–1945*, Zürich 1985, 101.
- 44 Georg Hafner, *Bundesrat Walther Stampfli (1884–1965)*, Olten 1986, 353 f.; Moser (wie Anm. 34), 194–195.
- 45 Christian Gasser, *Der Gotthard-Bund. Eine schweizerische Widerstandsbewegung*. Mit einem Vorwort von alt Bundesrat Traugott Wahlen, Bern 1984, 71–75; Rudolf Maurer, «Die Doppelersatzwahl in den Bundesrat, Ende 1940», *Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur* 48 (1968/69), 1074–1084.

- 46 Reklameprospekt für *Ewige Heimat. Eine Buchgabe der bäuerlichen Schweiz*, Zürich 1941, zit. in Maurer (wie Anm. 43), 156.
- 47 Moser (wie Anm. 34), 236.
- 48 Georg Kreis, «Friedrich Traugott Wahlen 1899–1985», in Atermatt (wie Anm. 31), 478–483.
- 49 Zit. in W. Martignoni, «Die schweizerische BGB-Partei – Jahr der Besinnung», *Jahrbuch der schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft* (1963), 104.
- 50 Lang (wie Anm. 3), 103 f.
- 51 Hans Hartmann, Franz Horvath, *Zivilgesellschaft von rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP*, Zürich 1995, 55; Hans Hartmann, Andreas Gross (Hg.), *Heile Welt Schweiz. Die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion*, Zürich 1995, 68–71.
- 52 Lang (wie Anm. 3), 98 f.
- 53 Thomas Buomberger, *Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher*, Zürich 2004.
- 54 Christoph Schilling, *Blocher. Aufstieg und Mission eines Schweizer Politikers und Unternehmers*, Zürich 1994, 103 f., 154–169
- 55 Die Verluste der beiden fremdenfeindlichen Splitterparteien betrugen zusammen 4,5%. Siehe «Linke Statik und rechte Dynamik. Eine vertiefte Auswertung der eidgenössischen Wahlen von 1999», *Neue Zürcher Zeitung*, 5./6. 2. 2000.
- 56 Alain Pichard, «Les lutteurs sont patriotes, mais pas forcément UDC», *24-heures*, 24. 8. 2001.
- 57 Zollinger (wie Anm. 1), 12.
- 58 Christian Werner, *Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928–1947*, Zürich 2000, 171–197; Helmut Hubacher, *Tatort Bundeshaus*, Bern 1995, 179 f.
- 59 «Weniger Staat – mehr Freiheit», *Neue Zürcher Zeitung*, 13./14. 10. 1979.
- 60 Hans Ulrich Jost, «Au royaume du fromage» in H. U. Jost, *A tire d'ailes*, Lausanne 2005, 461–466.

Résumé

Tradition et modernité de l'UDC

La poussée électorale spectaculaire de l'Union démocratique du centre (UDC) à la fin du XXe siècle a suscité de la part des journalistes ou politologues moult explications sur les causes et les raisons de ce succès. En règle générale, cependant, ces analyses se confinent à une perspective de très courte durée, négligeant ainsi le passé historique d'une formation née à la fin de la Première Guerre mondiale, sous le nom de Parti des Paysans, Artisans et Bourgeois (PAB).

Or, à examiner les origines sociales, économiques et idéologiques de l'UDC, on constate que son héritage plonge ses racines dans les courants de la droite, voire de l'extrême droite du XIXe siècle. Car en dépit de la grande victoire des Radicaux en 1848 et de la constitution de l'Etat fédéral libéral, les diverses droites extrêmes se maintiennent solidement au sein de la culture politique helvétique; en témoigne à la fin du XIXe siècle le dynamisme des organisations paysannes et des mouvements chapeautés par l'Union suisse des paysans. Par la

suite, tout en s'adossant à des valeurs chrétiennes, patriotiques, nationalistes et xénophobes, le PAB se pose immanquablement en tant que bâlier d'une politique réactionnaire musclée, et ce notamment lors de chaque confrontation entre la droite et la gauche.

Il n'est dans ce sens pas étonnant que des membres illustres du PAB aient eu de sérieuses accointances avec les Frontistes et les Nationaux-socialistes. Depuis ses débuts, toutefois, le parti ne dépassait guère le 15% des voix lors des élections nationales et, dû au brusque recul de la population agricole après la Deuxième Guerre mondiale, il entre en stagnation au cours des années 1970. De fait, c'est le tournant politique et idéologique des années 80, lancé par les Radicaux sous le slogan «Moins d'Etat, plus de liberté», qui offre à l'UDC l'occasion de réactiver son héritage, de le moderniser et de conquérir un électoral désécurisé par les crises économiques et la rapidité des transformations sociales. En conclusion de ces développements: sans cet ancrage dans le passé, l'UDC aurait manqué de la légitimité nécessaire pour s'imposer dans le système politique actuel.